

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 93 38/39
Telex: 08 86 846 spbn d



Inhalt

Alfred Emmerlich MdB,
Stellvertretender Vor-
sitzender der SPD-Bundes-
tagsfraktion: Amnestie-
attentat auf den Rechts-
staat - der Anfang vom
Ende Kohls und das end-
gültige Aus für Genscher.
Seite 1

Egon Lutz MdB, Obmann der
Arbeitsgruppe Arbeit und
Soziales der SPD-Bundes-
tagsfraktion, zum Streik:
Jetzt haben die Scharf-
macher ihren Konflikt.
Seite 3

Hugo Brandt MdL, SPD-Lan-
des- und Fraktionsvorsit-
zender in Rheinland-Pfalz:
Die Kleinen hängt man, die
Großen läßt man laufen.
Seite 4

Harald B. Schäfer MdB, Ob-
mann der SPD im Innenaus-
schuß des Deutschen Bun-
destages, wirft der Bundes-
regierung Polemik gegen
den öffentlichen Dienst
vor.
Seite 5

39. Jahrgang / 92

14. Mai 1984

Putsch gegen den Rechtsstaat

Genscherismus - Synonym für Perversion der Politik

Von Alfred Emmerlich MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Die Rechtsbeugungs-AG "Selbstamnestie Kohl/Genscher & Co." ist am Wackeln. SPD, Presse (soweit nicht einseitig Parteifreunde von CDU/CSU), Rundfunk und Fernsehen haben das Lügengewebe beiseite gefegt, mit dem das verdeckt werden sollte, was die beabsichtigte Amnestie letztlich ist, nämlich ein Putsch gegen den Rechtsstaat.

Aller Hüllen entledigt liegt die nackte, erbärmliche und schändliche Wahrheit vor aller Augen. Nach der jahrzehntelangen Finanzierung von CDU, CSU und FDP durch permanentes kriminelles Verhalten sollen die Erfinder, Organisatoren und Betreiber dieses kriminellen Finanzierungssystems sowie die Großfinanziers von der Strafverfolgung freigestellt werden, und zwar durch einen in Gesetzesform gekleideten Akt der Selbstbegünstigung unter Mißbrauch von Regierungsmacht und Abgeordnetenmandaten, der Unrechtsgehalt und verbrecherische Energie des kriminellen Finanzierungssystems bei weitem übersteigt.

Kein Wunder, daß der Bürger da nicht mehr mitmacht und daß auch der Parteibasis von CDU, CSU und FDP unwohl ist und immer mehr ihrer rechtschaffenen Mitglieder aufbegehren.

Selbst wenn Kohl/Genscher & Co. fürchten, ihre Amnestie nicht durchbringen zu können und sie deshalb zurückziehen, der Makel, der ihnen deshalb anhaftet, bleibt. Denn nicht

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2

Verwendungs-
empfehlung:
Recyclingpapier



Einsicht in das Verwerfliche ihres Tuns wäre es, das sie zum Rückzug blasen ließe, sondern blanker Opportunismus. Parteivorsitzende, Bundeskanzler, Bundesminister und Abgeordnete, mit einem solchen Makel behaftet, sind eine unerträgliche Belastung für unser Gemeinwesen. Diese Erkenntnis wird sich auch in der Union und in der FDP mehr und mehr ausbreiten.

Bei Kohl, der mit Sachkompetenz ohnehin nicht überreichlich gesegnet ist, hat sich gezeigt, daß der "gute Instinkt", auf den er sich so viel zugute hält, und der für Oggersheim und auch für Mainz vielleicht gereicht hat, für das Amt des Bundeskanzlers bei weitem nicht ausreicht. Schon in den Affären Lambsdorff, Schwarz-Schilling und Wörner hat er parteipolitischen Gesichtspunkten, seine persönlichen Interessen und Kameraderie höher gestellt als das staatspolitisch Notwendige. Das Amnestieattentat auf unseren Rechtsstaat beweist, daß bei Kohl das natürliche Rechtsempfinden und die politische Moral so sehr fehlen, daß er als Kanzler und als Parteivorsitzender nicht tragbar ist.

Genscher ist nunmehr endgültig der Exponent einer Politikauffassung, die das Überleben der FDP über alles andere stellt und die die Kameraderie und die Komplizenschaft mit Rechtsbrechern und Kriminellen als oberste Tugend von Politikern öffentlich anpreist. Der Genscherismus - den geraden Weg scheuend, krumme Touren als das für Politik erfolgreichste ansehend, listig, heuchlerisch und verschlagen - er ist zum Synonym für eine Perversion der Politik geworden.

Genscher und Kohl, die "Freunde" haben sich als Ballast nicht nur für ihre Parteien, sondern auch für unser Land und für unsere Zukunft erwiesen.

Mag auch die Koalition aus CDU, CSU und FDP am Amnestieattentat nicht zerbrechen (der Erhalt der Macht wird höher gestellt werden als der Ärger und der Zorn über moralische Verkommenheit, politische Dummheit oder - ganz nach Geschmack - persönliche Unzuverlässigkeit). Für Kohl ist der Amnestieversuch der Anfang vom Ende, für Genscher bedeutet er das endgültige Aus. (-/14.5.1984/ks/hgs)

+ + +



Die Scharfmacher haben ihren Konflikt

Bemerkungen zum Streikbeginn in der Metall-Industrie

Von Egon Lutz MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion

Nun hat er also begonnen, der Arbeitskampf der Metallindustrie, der bei vernünftiger Interessenabwägung auf Arbeitgeberseite vermeidbar gewesen wäre. Aber die Hitzköpfe im Arbeitgeberlager haben sich ja förmlich in den Arbeitskampf hineingeredet und auch die Bundesregierung, mit Kanzler, Wirtschafts- und Arbeitsminister an der Spitze, hat mit vollmundigen Wortkaskaden den Konflikt angeheizt. Alle, die ein Tänzchen wagen wollten, haben es jetzt. Erst einmal in Nordwürttemberg-Nordbaden, aber wohl schon auch bald in Hessen. Vielleicht muß das alle zehn, zwölf Jahre sein, damit auch die Scharfmacher ihr Testerlebnis haben.

Dies ist kein Arbeitskampf, der mit Hurra-Geschrei geführt werden kann. Es ist ein Kampf der leisen Töne - aber, wie sich in Nordwürttemberg-Nordbaden zeigt, auch der bedächtigen Entschlossenheit. Die Arbeitnehmer wissen, daß selbst in einer Krise in der Wirtschaft nichts läuft, wenn sie die Bänder und Maschinen abstellen. Auch der lautstärkste Manager kann keinen VW zusammenbasteln und auch das kunstreichste Gelabere führt nicht zur Produktion eines Video-Recorders. Und wenn der Oberschamane der deutschen Wirtschaft, Graf Lambsdorff, die japanische Gefahr auf die Bundesrepublik herniederfleht, dann macht das auf die Kumpels an den Bändern so viel Eindruck, als sei ihnen die Pestilenz für den Fall verheißen worden, daß sie ihren Spinat nicht essen wollen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat von Anfang an die Gewerkschaften, aber auch die Arbeitgeber wissen lassen, wo ihr Herz in diesem Konflikt schlägt. Sie hat durch Hans-Jochen Vogel immer und immer wieder verdeutlicht, daß es nicht nur die historischen Bindungen der Arbeiterbewegung sind, die uns zur Parteinahme veranlassen. Vielmehr ist es der solidarische Impetus, der die Gewerkschaften veranlaßt, gerade jetzt mit so großer Entschlossenheit die Arbeitszeit verkürzen zu wollen. Man muß es immer wieder sagen: Es stellt sich die Frage, ob Arbeitszeit verkürzt werden solle oder nicht. Die Arbeitszeit wird verkürzt, nur augenblicklich auf die denkbar unhumanste Weise. Eine schrumpfende Zahl von Arbeitnehmern wird nach wie vor gezwungen, 40 Stunden und mehr in der Woche zu arbeiten, für eine wachsende Zahl von Menschen sinkt dagegen die wöchentliche Arbeitszeit auf Null - sie werden gefeuert.

Der Kanzler, der keinem seiner Minister einen Blauen Brief zu schicken wagt, sieht dieser Form von Arbeitszeitverkürzung tatenlos zu. Ja, mit tölpenhaften Reden vergrößert er die Gräben zwischen den Tarifvertragsparteien. So wird weitergekämpft. Hoffentlich nicht so lange, daß aus dieser freiheitlichen und sozialverpflichteten Republik eine andere, eine Klassen-Republik entsteht. (-/14.5.1984/hgs/fr)

+ + +



2 X in Sachen Rechtsstaat

Die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen

Von Hugo Brandt MdL

Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion und SPD-Landesvorsitzender in Rheinland-Pfalz

Vor mir liegt ein Bescheid eines rheinland-pfälzischen Versorgungsamtes. Der Sachverhalt: Eine 77jährige Frau hat seit Ende 1953 sogenannte "Verschollenenrente" erhalten. 30 Jahre später stellte sich heraus, daß der Mann zwar verschollen, aber in der DDR gelebt hat. Wenige Monate nachdem der alten Frau dies mitgeteilt wurde, wurde ihr zugleich gesagt, daß ihr Mann gestorben ist. Mit dieser Mitteilung ging sie auf das Versorgungsamt.

Das Versorgungsamt schrieb ihr jetzt einen nicht sehr erfreulichen Brief, in dem zu lesen ist, sie habe versäumt, unverzüglich den Tod ihres Ehemannes anzugeben. "Bei diesem Sachverhalt muß davon ausgegangen werden, daß Sie die Rechtswidrigkeit des Verwaltungsaktes kannten oder infolge grober Fahrlässigkeit nicht kannten." Dies wird zweimal in diesem Brief wiederholt und schließlich ein größerer Betrag von der betagten Frau zurückgefordert. Das heißt im Klartext: Bei dieser Frau geht man davon aus, daß sie die Rechtswidrigkeit eines 20 Jahre zurückliegenden Verwaltungsaktes rechtzeitig hätte erkennen müssen, und man unterstellt dieser Frau geradezu Böswilligkeit, zumindest aber grobe Fahrlässigkeit.

So viel zur Behandlung einer Frau, die die verschlungenen Pfade von schwierigen Verwaltungsakten nun weiß Gott nicht kennen kann.

In Bonn will man, unterstützt von rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten und CDU-Landesvorsitzenden, gleichzeitig ein Amnestiegesetz erlassen für jene "armen" Spender oder Empfänger von klar rechtswidrig gezahlten Parteispenden, bei denen es um nichts weniger geht, als um Betrug und Steuerhinterziehung. Plötzlich ist da zu hören, diese gutwilligen, unbescholtenen Spender hätten die Rechtswidrigkeit ihrer Tätigkeit nicht erkennen können und müßten deshalb nachträglich straffrei gestellt werden.

Das ist nichts anderes als eine simple Sauerei: Denn wenn jemand Bescheid wußte was er tat, dann waren es diese Leute, deren Verfahren bislang nicht wegen Geringfügigkeit oder Verbotsirrtum eingestellt wurden.

Es ist kein Wunder, daß bei solcher Sachlage, und wenn man diese beiden Vorgänge gegeneinander hält, viele Bürger an den Grundsätzen von Rechtsstaatlichkeit und Gerechtigkeit zweifeln und verzweifeln.

Auch der rheinland-pfälzische Ministerpräsident scheint das, was da seine Freunde in Bonn tun wollen - wozu er ja auch im Bundesrat Stellung nehmen muß - auf die leichte Schulter zu nehmen. Er gibt, wie so oft, eine windelweiche Stellungnahme ab, redet etwas komisch davon, man dürfe das Gesetz nicht "vorverurteilen".

Mein Rat: Der nach eigenem Bekunden schlecht informierte Ministerpräsident, der den Koalitionsentwurf zur Entlastung der Großfinanziers seiner Partei mitberaten und mitbeschlossen hat, sollte sich auch über Fälle wie den der 77jährigen Frau und die Reaktionen seiner Verwaltungen informieren. Er müßte dann unschwer zu der Überzeugung kommen, daß man irriges Verhalten in dem Fall eines schlichten Bürgers von der Bürokratie schärfstens verfolgen läßt, im Falle von Großbanken, Großfirmen und Bundestagsabgeordneten aber nachträglich trickreiche Gründe sucht, um den Steuerbeamten und den Gerichten ins Handwerk zu pfuschen... (-/14.5.1984/ks/hgs)

+ + +



Die Null-Runde muß vom Tisch
-----**Die Bundesregierung betreibt eine Politik gegen den öffentlichen Dienst****Von Harald B. Schäfer MdB****Obmann der SPD-Fraktion im Innenausschuß des Deutschen Bundestages**

Bundesfinanzminister Stoltenberg hält unverändert an der Absicht fest, im öffentlichen Dienst die Null-Runde durchzusetzen. Erst für 1985 stellt er vage in Aussicht, "die Besoldungsregelungen für die Beamten einen Schritt günstiger zu gestalten als 1983 und 1984".

Es ist den Beamten nicht zu verübeln, wenn sie sich verschaukelt fühlen. Ihnen wurde mit den Maßnahmen des Haushaltsbegleitgesetzes 1984 stärker als jemals zuvor in die Tasche gegriffen. Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger appellierte an die Beamten: "Jetzt aber muß auch der öffentliche Dienst zur Sanierung der öffentlichen Finanzen beitragen ... Angesichts der Massenarbeitslosigkeit, der persönlichen Sicherheit im öffentlichen Dienst und der Finanznot der öffentlichen Hand, die nicht zuletzt auf der Ausweitung des Personaletats beruht, glauben wir, diese Einsicht erwarten zu können und zu müssen."

Heute, wenige Monate später, ist von "Finanznot" oder von der "großen Erblast" - die von CDU und CSU zur Begründung ihrer Sparpolitik herangezogen worden sind - kaum noch die Rede. Stattdessen steht die Steuerreform mit Ausgaben in Milliardenhöhe auf der Tagesordnung. Zynischer kann man kaum auftreten! Während Bundesfinanzminister Stoltenberg mit seinen Sparappellen an den öffentlichen Dienst fortfährt, diskutieren CDU/CSU und die FDP lautstark über die steuerliche Entlastung, insbesondere der Beserverdienenden.

Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, die zu 70 Prozent dem einfachen und mittleren Dienst angehören, können jedenfalls nicht damit rechnen, daß die Einschnitte in ihre Einkommen durch die Steuerreform auch nur annähernd ausgeglichen werden. Sie müssen im Gegenteil befürchten, daß die durch die Sparpolitik eingetretene soziale Ungerechtigkeit mit der Steuerreform noch verschärft werden wird.

Die sozial-liberale Koalition hat den Anspruch der Beamten auf Teilnahme an der allgemeinen Einkommensentwicklung im Gesetz verankert. Mit der geplanten Null-Runde mißachtet die Bundesregierung die bestehende gesetzliche Vorschrift, obwohl die CDU/CSU in der Opposition noch eine weitergehende Regelung erreichen wollte. Die Null-Runde muß vom Tisch.

Wir halten daran fest: Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes haben Anspruch auf Teilnahme an der allgemeinen Einkommensentwicklung. Dabei sind die Tarifergebnisse des öffentlichen Dienstes grundsätzlich auf den Beamtenbereich zu übertragen.

Von der Sparpolitik besonders betroffen sind untere und mittlere Einkommen. Die SPD-Bundestagsfraktion prüft inwieweit es möglich ist, hier gezielt zum Beispiel durch Strukturmaßnahmen zur Entlastung beizutragen. Die Bundesregierung hat konkrete Zusagen gegeben und ist anschließend in eine "Dauerprüfung" eingetreten. Wir sind bemüht, den Denkprozeß der Bundesregierung zu beschleunigen.

Es ist unerträglich, wenn die Bundesregierung bei alledem auch noch die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes ständig herabsetzt, indem sie davon redet, daß öffentliche Aufgaben auf die angeblich leistungsfähigere Wirtschaft übertragen werden sollen. Damit wird nicht der Nutzen des öffentlichen Dienstes für den Bürger in den Vordergrund der Betrachtung gestellt, sondern die Belastung der Bürger durch die "Bürokratie" und "Personalkosten". Dieses politische Verhalten leistet Fehlentwicklungen Vorschub, die sich eindeutig gegen den öffentlichen Dienst und seine Beschäftigten richten. Laufende Bekenntnisse zum Berufsbeamtenamt können darüber nicht hinwegtäuschen.

(-/14.5.1984/ks/hgs)

+ + +

